

Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim: Imperialismus und Demokratie.

Ein Wort zum Weltkrieg

6.-10. Tausend.

Hamburg 1914

Druck und Verlag von Dr. Heinrich Laufenberg

Imperialismus und Demokratie

◇ ◇ ◇

Ein Wort zum Weltkrieg

◇ ◇ ◇

Von
Heinrich Laufenberg
und Fritz Wolffheim

◇

6.—10. Tausend.

◇

Hamburg 1914
Druck und Verlag von Dr. Heinrich Laufenberg

Vorwort.

Die imperialistische Entwicklung, deren natürliches Produkt der jetzige Krieg ist, brach über das Proletariat herein, ohne daß dieses Zeit gefunden hätte, sich über die weltpolitischen Zusammenhänge klar zu werden. Wiewohl in den letzten Jahren eine große Literatur über koloniale und weltpolitische Fragen entstanden war, die auf das Denken breiter Volksschichten, zumal der demokratisch gerichteten Kreise der großstädtischen Angestellten, der Beamtenschaft in Staat und Kommune, des Handels großen Einfluß übte, wurden diese Erscheinungen von der Sozialdemokratie nicht gebührend gewürdigt. Sie sprachen bei Massen und Führern nur zu kleinen Minderheiten. In der deutschen Sozialdemokratie machte *Hilferding* den ersten Versuch, den weltwirtschaftlichen Kapitalismus theoretisch zu erfassen. Stellt sein Werk auch einen wesentlichen Fortschritt dar, so bleibt es doch bei der Erklärung der Zirkulationserscheinungen des Geldkapitals stehen, dringt nicht zu den Zirkulationserscheinungen des produktiven und in diesem des fixen Kapitals vor. *Rosa Luxemburgs* „Die Akkumulation des Kapitals“ bietet viele dankenswerte Anregungen, eine restlose Lösung des Problems gelang ihr indessen nicht. Eine erste Darstellung der weltpolitischen Zusammenhänge auf politisch-geschichtlicher Basis unternahm *Karl Radeks* „Der deutsche Imperialismus und die Arbeiterklasse“. Die Schrift wurde unter Verkennung ihrer Bedeutung wenig beachtet. Sie ist noch auf lange Zeit wegen der Fülle der Einzelheiten, die sie bietet, und der Analyse eben der Zusammenhänge, die zum Kriege geführt haben, lesenswert. Fast zur selben Zeit erschien *Otto Bauers* Schrift: „Der Balkankrieg und die deutsche Weltpolitik“, die die Ursachen [2:] der Balkankrise und die imperialistischen Interessenkreuzungen im östlichen Mittelmeer mit scharfem Blick aufzeigte, in Einzelheiten freilich überholt ist. Wenn in dem Kapitel „Die deutsche Expansion“ meines Buches „*Der politische Streik*“ gleichfalls der Versuch unternommen wurde, die Rolle des deutschen Finanzkapitals in der Weltpolitik darzustellen, so folgte der Krieg zu unmittelbar, als daß die Darstellung weitere Kreise hätte beeinflussen können.

Ein Ereignis von der weltumfassenden Bedeutung des ausgebrochenen Krieges wirkt auf alle politischen Parteien auf das nachhaltigste zurück. Die Sozialdemokratie kann sich dieser Wirkung nicht entziehen. In Deutschland ist schon heute der Rückschlag auf einzelne Kreise der Führerschaft größer, als sich erwarten ließ. Die Haltung eines Teiles der Parteipresse gegenüber dem Krieg und der Militärgewalt fordert zur Kritik heraus. Um so erfreulicher ist die tapfere Haltung einiger anderer Parteiorgane, von denen die „*Gleichheit*“, die „*Arbeiterjugend*“ und die „*Bremer Bürgerzeitung*“, die schon seit Jahren gerade in den Fragen des Imperialismus eine durchaus konsequente Politik verfolgt, besonders hervorgehoben seien. Ohne daß man sich mit allen in diesen Organen geäußerten Meinungen zu identifizieren braucht, wird man anerkennen müssen, daß sich ihre Leiter, *Klara Zetkin*, *Karl Korn* und *Alfred Henke* um die deutsche wie um die internationale Arbeiterbewegung ein hohes Verdienst erworben haben. Ähnliches gilt von mehreren ausländischen Parteiblättern, so von dem „*Vorwärts der Pacific Küste*“ und der „*New Yorker Volkszeitung*“. Mag ihnen auch in der Beurteilung der augenblicklichen Situation in Deutschland manche schiefe Auffassung unterlaufen – es gibt Lagen, die man mit erleben muß, um sie in vollem Umfange zu würdigen –, so verdient doch die Klarheit, mit der sie die Gesamtsituation überschauen, volle Anerkennung.

Die Würdigung der Ereignisse ist im jetzigen Augenblick in vollem Umfange noch nicht möglich. Aber eine [3:] Schrift wird nicht unerwünscht sein, die in großen Zügen der *Selbstorientierung* der sozialdemokratischen Parteien und damit dem *Wiederaufbau der Internationale* den Weg zu bereiten sucht. Je mehr die jetzigen Ereignisse als innere Notwendigkeiten der Entwicklung erkannt werden, um so leichter und schmerzloser wird beides sich vollziehen. Besonders notwendig erscheint mir eine Schrift wie die vorliegende für *Deutschland*. Die imperialistische Literatur wächst rapide. Während des Krieges ist eine umfangreiche Kollektion imperialistischer Broschüren entstanden. Die imperialistische Strömung wird von einflußreichen Kreisen gefördert. Als Mitarbeiter der von einem Freunde des verstorbenen Staatssekretärs *von Kiderlen-Wächter* herausgegebenen „politischen Flugschriften“ werden neben einer großen Anzahl von bekannten *Gelehrten* und *Parlamentariern* genannt: General-Feldmarschall *von der Goltz*, der als Verfasser kriegswissenschaftlicher Werke einen bedeutenden

Ruf besitzt, und der *ehemalige Reichskanzler Bernhard v. Bülow*. Die erste dieser Flugschriften, die von Dr. *Paul Rohrbach* verfaßt ist, bringt über den Ursprung des Krieges Mitteilungen, die *große Beachtung* verdienen und von *größerer politischer Tragweite* werden können, als der Verfasser bei der Niederschrift vielleicht angenommen hat.

Ein Wort noch zur *Autorschaft* der Broschüre.

Die Darlegung der weltpolitischen Zusammenhänge rührt von mir, die übrigen Partien rühren von meinem Parteifreund *Wolffheim* her. Wie dieser mich bei der Besorgung von Materialien und durch vorbereitende Skizzierung einzelner Partien unterstützte, sind die von ihm verfaßten Teile einer gemeinsamen Durchsicht unterzogen worden. Ich trage also auch für diese die volle Verantwortung mit.

Hamburg-Altrahlstedt im November 1914.

Dr. H. Laufenberg.

Die Sozialdemokratie und der Burgfriede.

Auf den Schlachtfeldern Europas ringen die Heere der Großstaaten. Am 28. Juli, am Tage der Kriegserklärung Oesterreichs an Serbien, geriet die Welt in Brand. Jedes Land erklärt, für seine nationale Existenz zu kämpfen, jede Regierung weist den Gedanken, daß es sich um einen Eroberungskrieg handeln könne, weit von sich. Doch hier und da gelangen Publikationen ans Tageslicht, Untersuchungen, die sich mit den Fragen beschäftigen, die brennend werden müssen, sobald die eisernen Würfel aufhören zu rollen, sobald es sich darum handeln wird, den Frieden wieder herzustellen. Und diese Publikationen reden eine andere Sprache, als die zünftige Diplomatie. Sie leuchten hinein in die *Interessengegensätze zwischen den Großstaaten*, die letzten Endes diesen Krieg herbeigeführt haben. Sie untersuchen, wie der Friede beschaffen sein muß, der für das eigene Land wünschbar ist. Sie zeigen die *imperialistischen Ziele* des Krieges auf, wie sie über seine *imperialistischen Ursachen* keinen Zweifel lassen. Es ist *der große Krieg des modernen Imperialismus*, der jetzt die Blüte der europäischen Nationen auf die Schlachtfelder geführt hat.

Der Krieg, sagt der bekannte Strategie *Clausewitz*, ist die Fortsetzung der Politik mit gewaltsamen Mitteln. War die Politik der europäischen Großstaaten geleitet von imperialistischen Gesichtspunkten, von den Expansionsinteressen des *organisierten Finanzkapitals*, so kann ihre Fortsetzung mit gewaltsamen Mitteln nicht entgegengesetzten Tendenzen dienen. War vor dem Kriege die europäische Politik auf die Vernichtung demokratischer Institutionen, auf die Etablierung der großkapitalistischen [5:] Autokratie gerichtet, so kann der Krieg nicht eine Stärkung der demokratischen Tendenzen bringen. *Die europäische Demokratie unterliegt* in diesem Kriege, ganz gleich, wer sonst der Sieger sein mag. *Der Imperialismus siegt*, ganz gleich, welcher Staat unterliegen mag. Die europäische Demokratie wird mit der Wiederherstellung des Friedens gänzlich veränderte Existenzbedingungen vorfinden. Es ist deshalb nötig, daß sie sich neu orientiert.

In Deutschland aber herrscht der *Burgfriede*. Deutschland kennt keine Parteien mehr. Ist es zu glauben, daß sich selbst Sozialisten finden, die mit der Proklamation dieses Zustandes die *Einigkeit auch nach innen* für gegeben halten? Die die einfache Feststellung der Tatsache, daß während des Krieges die Militärgewalt die Macht hat, das innerpolitische Leben der Nation zum Stillstand zu bringen, verwechseln mit der Etablierung einer wirklichen deutschen Volkseinheit? Das deutsche Volk, wie jede andere Nation, zerrissen in Klassengegensätze, die tief wurzeln in den entgegengesetzten Lebensbedingungen seiner Klassen, kann seine Vereinigung nur finden mit der Aufhebung der Klassen selbst. Die Auflösung der Klassengegensätze, die Herstellung gleicher Entwicklungsmöglichkeiten für alle ist nur gegeben im *Sozialismus*. Nur der Sozialismus bringt die Volkseinheit, wie er die Vereinigung der Völker bringt. Wenn der Burgfriede Deutschland eint für die Zeit des Krieges, so nicht unter dem Banner des Sozialismus, der die *dauernde* Einigung des Volkes verbürgt, sondern unter dem Banner des *Imperialismus*, das diesem Kriege voraufgetragen wird. Deutschland soll während des Krieges imperialistisch sein, die antiimperialistischen Stimmen sollen schweigen. Das bedeutet der Burgfriede, ver weit entfernt, die Sozialdemokratie als gleichberechtigten Faktor anzuerkennen, ihr vielmehr die Bedingungen der Existenz beschränkt.

Ihr mehr als jeder anderen Partei. Denn keine bürgerliche Partei ist nach Wesen und Ziel dem Imperialismus entgegengesetzt. Alle bürgerlichen Parteien hatten sich mit [6:] dem Imperialismus im Prinzip abgefunden und nörgelten nur noch an einzelnen Formen. Ließ nicht ihre Haltung zur Kolonialpolitik und zum Militarismus das Verhältnis der Parteien zum Imperialismus deutlich erkennen? Nur die Sozialdemokratie stand ihm prinzipiell ablehnend gegenüber. Und sie besonders wird durch den Burgfrieden getroffen. Es ist ein Ausnahmezustand, der in mehr als einer Hinsicht an das Sozialistengesetz erinnert. Die Sozialdemokratie soll schweigen, während mit den Taten der deutschen Heere an den Grenzen, mit der Bürokratisierung und Militarisierung des Volkes im Innern dem deutschen Imperialismus neue Vorteile erwachsen, neue Wege und Ziele der Ausbreitung sich eröffnen. Ja die Sozialdemokratie soll mitarbeiten dürfen im Interesse des gemeinsamen Vaterlandes an der Herstellung der großkapitalistischen Autokratie, die dem Siege des Proletariats nach Möglichkeit vorbeugen

und den Boden entziehen will. Und die deutschen Offiziösen sind bereit, sie gerührt in die Arme zu schließen und ihr freudig zu attestieren, daß sie nicht mehr vaterlandslos, nicht mehr vaterlandsfeindlich sei.

Und nach dem Kriege? Wenn wieder das politische Leben erwacht, wenn der Burgfriede zerschellt ist an den harten Realitäten des wirtschaftlichen Lebens? Wenn die Austragung der Klassengegensätze, die nur vertagt ist, mit verstärkter Heftigkeit beginnt? Dann wird die Partei des Proletariats um so weniger fähig sein, die proletarischen Interessen zu wahren, je mehr ihr der Burgfriede die Möglichkeit nahm, sich über das Wesen dessen zu verständigen, was vorgeht. Nur wenn sie die Gegensätzlichkeit von Imperialismus und Demokratie, wenn sie die Nichtlinien der Zukunft deutlich und klar erkennt, wird sie in der Lage sein, einzutreten in die Arena der kommenden großen Klassenkämpfe mit der gleichen Machtfülle, mit der gleichen Ueberlegenheit und Sieghaftigkeit der Ideen, die ihr vor dem Kriege eigen war.

Und wie ihre imperialistischen Antipoden, hat auch die Sozialdemokratie ein Anrecht darauf, den Besitzstand [7:] ihrer Macht zu erhalten auch während des Krieges, der ja nicht gegen sie, sondern gegen den Imperialismus des Auslandes geführt wird. Wo Tausende ihrer Anhänger Blut und Leben lassen, hat sie ein unverweigerliches Recht auf Selbstorientierung und Selbstverständigung, wenn nicht die Gleichberechtigung der Parteien, die der Burgfriede zu gewähren vorgibt, eitel Blendwerk sein soll.

Oesterreich und Serbien.

Als die österreichische Regierung ihr Ultimatum an Serbien richtete, Europa am Vorabend des Weltbrandes stand, kennzeichnete die sozialdemokratische Presse Deutschlands den Schritt einmütig in den schärfsten Formen und so, wie es der fünfzigjährigen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung entsprach. Inzwischen hat es sich herausgestellt, daß es sich bei einem Teile der Parteipresse dabei mehr um temperamentvolle Arabesken, als um zielklare Einsicht in die weltpolitischen Zusammenhänge gehandelt hat. Wie wäre es sonst möglich, daß am 19. August, nur vier Wochen später, ein Parteiblatt schreiben konnte: „In Sarajewo werden der österreichische Thronfolger und seine Frau ermordet von unreifen Burschen, in deren Gehirn die ‚großserbische Idee‘ eingepflanzt worden war. Die Mörder werden gefaßt und machen nun Geständnisse, die auf Belgrad als den Ursprungsort des Verbrechens und auf die Mitschuld und Hilfeleistung offizieller serbischer Persönlichkeiten hindeuten. In Wien wird nun der Fehler begangen, statt durch öffentliche Verhandlungen unter Kontrolle Europas die serbische Schuld unanfechtbar festzustellen und *dann* das Nötige zum Selbstschutz zu tun, einfach auf die Untersuchungsprotokolle hin an Serbien ein Ultimatum zu stellen, dessen Kern ist, daß an der Aufdeckung der großserbischen Schliche österreichische Amtspersonen in Serbien mitwirken sollen. Serbien will Zugeständnisse machen, verweigert aber die Annahme der [8:] Hauptbedingung. Darauf erfolgt die Kriegserklärung Oesterreichs an Serbien.“ Eine wahrhaft erhebende Auffassung weltpolitischer Zusammenhänge, nach der der jetzige Weltkrieg eigentlich nichts anderes ist, als ein Rachefeldzug für die Ermordung eines Erzherzogs!

*

Da das Königreich Serbien auf allen Seien von fremden Staaten umschlossen ist, wird seine Wirtschaftspolitik in erster Linie bestimmt durch das Streben, eine Verbindung mit dem Meere zu gewinnen. Zunächst richtete sich sein Augenmerk auf die Verständigung mit Bulgarien, um sich dadurch die Häfen des Schwarzen Meeres zu öffnen. Nach mehrfachen vergeblichen Versuchen kam zuerst 1897 ein serbisch-bulgarischer *Handelsvertrag* zustande. Ohne daß eine dritte Macht es beanstandete, sagten beide Staaten sich eine versteckte Vorzugsbehandlung ihrer Waren zu. Der Vertrag wurde nach seinem Ablauf im Jahre 1904 bis 1906 verlängert. Inzwischen hatten beide Staaten den *Zoll-Unionsvertrag* vom 9. Juli 1905 geschlossen. Er hielt an der Vertragsfreiheit eines jeden der beiden Staaten gegenüber dem Auslande fest, bedeutete jedoch im übrigen eine folgerichtige Fortbildung des Handelsvertrags von 1897. Indem für den Austausch der Landeserzeugnisse völlige Zollfreiheit deklariert wurde, blieben für die Produkte des Auslandes die Zollschranken bestehen. Die neuen Tarife der beiden Staaten zeigten denn auch eine starke Steigerung der Zollsätze. Für das Jahr 1917 war

eine *völlige Zollunion* auf der Grundlage einheitlicher Tarife und einer einheitlichen Zollgesetzgebung geplant. Serbien erwartete von alledem eine wirtschaftliche Stärkung gegenüber dem stärksten wirtschaftlichen Gegner, dem benachbarten Oesterreich.

An sich ist der bulgarisch-serbische Handel gering. So belief sich die serbische Ausfuhr nach Bulgarien 1908 auf 1,9 Millionen Francs. Es erklärt sich dies aus der gleichartigen agrarischen Verfassung beider Länder. Was von Ansätzen einer selbständigen Industrie besteht, beschränkt [9:] sich auf die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte. Deshalb waren auch die Meinungen über den Wert der Zollunion geteilt. In Serbien traten besonders die Radikalen für sie ein, die entsprechend ihrem Programm: „Der Balkan den Balkanvölkern“ eine möglichst enge Vereinigung wünschten. Indessen bewies schon das Mißfallen der Türkei und vor allem Oesterreich-Ungarns, daß der Vertrag wirkliche wirtschaftliche Bedeutung besaß. Nach mehrfachen vergeblichen Verhandlungen verlangte Oesterreich, Serbien solle von der Union zurücktreten oder mindestens alle jene Aenderungen vornehmen, die Oesterreich als notwendig bezeichnen würde. Als Serbien ablehnte, kam es zum *Zollkrieg*. Oesterreich sperrte seine Grenze gegen die Hauptausfuhrartikel Serbiens: Rinder, Schafe, Ziegen, Schweine und alle Fleischarten dieser Tiergattungen. Serbien antwortete mit dem Durchfuhrverbot für sogenannte Monopolartikel, wie Salz, Tabak, Zündhölzer, und mit strenger Anwendung der Kontrollvorschriften, was eine erhebliche Verzögerung des Verkehrs zur Folge hatte.

Aber der Ausgang des Zollkrieges entsprach den Hoffnungen Oesterreichs in *keiner Weise*. Da 97 Prozent der serbischen Viehausfuhr nach Oesterreich-Ungarn gegangen waren, hoffte man, der Verlust dieses Marktes würde den serbischen Außenhandel zugrunde richten. Wider Erwarten büßte Serbien von seinem Gesamtexport wenig ein. Die serbische Landwirtschaft dehnte mit auffallender Leichtigkeit die Bodenbestellung aus, so daß der Verlust im Vieh-Export bald durch gesteigerte Ausfuhr von Brotgetreide und Futterpflanzen ausgeglichen wurde. Gerade das Zollbündnis mit Bulgarien ermöglichte es Serbien, süd- und westeuropäische Märkte aufzusuchen und so die Kosten des Zolkampfes wesentlich herabzumindern. Je mehr Serbien durch die Vermittlung Bulgariens auf dem Wege über das Schwarze Meer die *italienischen, französischen und belgischen* Märkte erreichen konnte, um so unabhängiger wurde es von Oesterreich-Ungarn, das seinerseits sich rapide vom Agrarland zum Industrieland entwickelt und deshalb serbisches Getreide [10:] auszutauschen wünscht gegen die Produkte der eigenen Industrie.

So klappt zwischen den serbischen und österreichischen Exportinteressen ein *schroffer Gegensatz*. Serbien wünscht für sein Getreide Gold, da es bei der relativ großen Rückständigkeit der österreichischen Industrie gewerbliche Produkte auf anderen Märkten *billiger* kaufen kann. Für Oesterreich dagegen gewinnt der Export nach Serbien und dem ganzen Balkan ständig an Bedeutung, wie dies die steigenden Exportziffern beweisen. Fast der gesamte Export besteht aus Fabrikaten, und zwar gilt dies für Rumänien und Bulgarien in noch höherem Grade als für Serbien. Fast ein Zehntel der gesamten österreichischen Industrieausfuhr geht nach dem Balkan, der besonders für die Erzeugnisse der Metall- und Textilindustrie als Absatzgebiet dient. Diese beiden wichtigsten Industrien senden, die erstere über ein Fünftel, die letztere fast ein Fünftel ihrer gesamten Ausfuhr nach Serbien, Bulgarien und Rumänien. Oesterreich-Ungarn hat jedoch auf dem Balkan nicht nur viel zu verlieren, sondern mehr noch zu gewinnen. Kenner sind der Meinung, daß der Export österreichischer Eisen- und Wollwaren sich noch um das Drei- und Viersache steigern lasse. Sind doch neben Oesterreich auch England und Deutschland am Balkanmarkt mit hohen Raten beteiligt.

Da der Absatz österreichisch-ungarischer Industrieprodukte auf fremden Märkten sich nur langsam entwickelt, ist es erklärlich, wenn die Regierung mit Argusaugen über die Balkanmärkte wacht. Bei der Inferiorität seiner Industrie, seiner Kapitalkraft wie seiner Bank- und Handelsmethoden fällt es Oesterreich eben schwer, sich für die auf dem Balkan nicht abgesetzten Waren anderswo Absatzgebiete zu öffnen. Auf die ungarische Industrie trifft dies in noch größerem Maße zu, als auf die des eigentlichen Oesterreich, wie denn jene auch die relativ höheren Exportziffern nach den drei Balkanstaaten aufweist. Jede Ausfuhrerschwerung oder gar der Verlust der Balkanmärkte müßte zu einem scharfen Konkurrenzkampfe zwischen der [11:] österreichischen und der ungarischen Industrie führen. Konnten Bulgarien und Rumänien manche Zumutungen Oesterreichs zurückweisen, so war

Serbien durch seine Absperrung von den Wasserstraßen viel mehr zur Nachgiebigkeit gezwungen, zumal Oesterreich „seine wirtschaftlichen Ansprüche durch einen starken *politischen Druck* zu unterstützen vermochte. Durch diese Interessenpolitik Oesterreichs machte Serbiens Zollabkommen mit Bulgarien einen Strich, woraus sich die Schärfe erklärt, mit der Oesterreich auf dessen Annullierung drang.

Kaum hatte Oesterreich seine Wünsche durchgesetzt, als die *Balkankriege* eine wesentliche Vergrößerung Serbiens brachten. Die geplante und bereits beschlossene *Verbindung Serbiens mit Montenegro* würde zudem Serbien den Weg an das *Adriatische Meer* geöffnet und damit die wirtschaftliche Loslösung Serbiens von Oesterreich-Ungarn unmittelbar in die Wege geleitet haben. Diese Zusammenhänge spiegeln sich in dem letzten *Ultimatum* Oesterreichs wider. Oesterreich verzichtet darin auf Landerwerb, der die ungarische Landwirtschaft schwer schädigen würde, verlangt jedoch durch die Forderung der Teilnahme österreichischer Agenten an serbischen Staatshandlungen die Preisgabe des serbischen Selbstbestimmungsrechtes, was dem Abschluß neuer Handelsverträge vom serbischen Standpunkt bedenklich vorgreifen mußte.

Bezeichnend für die Stimmung, die Wünsche und Ziele der industriellen Kreise Oesterreichs ist die Stellungnahme des 25. Verbandstages österreichischer Industrieller und die allseitig gebilligte Programmrede seines Vorsitzenden Arthur *Küffler*. Grundlegend für die künftige Handelspolitik müsse die Erkenntnis sein, daß die gesamte Volkswirtschaft der Monarchie eine *breitere Basis* verlange. Andere Länder hätten sich diese durch Eroberung und Kolonisation verschafft. Da für Oesterreich die gleiche Politik unmöglich sei, müsse an ihre Stelle die *Handelspolitik* treten. Es sei dafür zu sorgen, „daß wir zu unseren Nachbarländern, die geeignet sind, uns mit den [12:] erforderlichen Nahrungsmitteln zu versehen und unseren Fabrikatenüberschuß aufzunehmen, in solche handelspolitische Beziehungen kommen, die eine Ausnützung der natürlichen Verhältnisse ermöglichen, ohne daß irgend ein Zweig unserer Produktion des wirklich erforderlichen Schutzes beraubt werde“. Was sind diese Worte anders, als eine Forderung an die Staatsregierung, die Märkte des Balkans für Oesterreichs Industrie unbedingt offen zu halten!

Diese Handelspolitik Oesterreichs liegt auch im Interesse der *deutschen Industrie*. Noch 1901 hatte Oesterreich im Balkan-Export die Führung. Wenige Jahre später, 1908, überwog der deutsche Export. Die österreichischen Konsularberichte führen lebhafte Klagen über die Konkurrenz der deutschen Textilindustrie, gegen die anzukämpfen vergeblich wäre, „da Deutschland in diesen Zweigen eine Ueberproduktion hat, die bei billiger Massenherstellung auf dem Weltmarkte nicht zu unterbieten ist“. Wenn nun seitdem auch die Stellung der österreichischen Industrie auf dem Balkan sich wieder gehoben hat, so behauptet Deutschland doch in einer Reihe von Erzeugnissen den Vorrang. Mag Oesterreich Vorzugszölle gegen die englische und französische Konkurrenz auf dem Balkan durchsetzen, es steht wohl von vornherein fest, daß die deutsche Industrie davon *nicht in gleicher Weise, wenn überhaupt*, betroffen wird. Die Annahme geht schwerlich zu weit, daß bei der gewaltigen Kapitalkraft Deutschlands und der technischen Höhe seiner Industrie den *Hauptvorteil* aus der österreichischen Handelspolitik die deutsche Industrie ziehen wird, gegen die ja die österreichischen Produkte nicht ankämpfen können.

Der Zarismus.

Ein moderner Krieg, der die Massen des Volkes bewaffnet, muß volkstümlich sein. Sein Ziel muß sich mit den Wünschen und Interessen der Volksmassen wirklich [13:] oder doch scheinbar decken. Der Krieg muß sich gegen einen Feind richten, vor von den Massen des Volkes gehaßt wird, dessen Vernichtung ihnen erstrebenswert erscheint. Für die Massen des deutschen Volkes gab es einen solchen Feind: den *Zarismus*. Gerade die Partei, die den größten Einfluß besitzt auf das Denken und Wollen der Volksmassen, gerade die *Kulturarbeit der Sozialdemokratie* hat den Boden dafür geschaffen, daß, wenn überhaupt eine Kriegslosung, so die: gegen den Zarismus einschlug. Und unter diesem Zeichen wurde der Krieg eröffnet. Rußland erschien als der Angreifer, der Zarismus reckte drohend seine Krallen nach deutschen Provinzen, die Macht, die mit eiserner Brutalität den Aufstieg des eigenen Volkes niederhielt, schickte sich an, die kümmerlichen Ansätze bürgerlicher Freiheit, die es in

Deutschland gab, zu zerschmettern. Abwehr dieser Gefahr war ein Lebensinteresse des gesamten Volkes; die Befreiung Rußlands von seinem Despotismus eine Tat der Kultur. Die Losung zündete, und sie zündete um so stärker, als der Ausbruch des Krieges in der Tat die nationale Existenz Deutschlands wie die der anderen kriegführenden Länder gefährdete, der Kampf der europäischen Kulturnationen um die Existenz für alle ein Ringen der Verzweiflung werden mußte.

Es ist ein Gemeinplatz, daß der Krieg den weltpolitischen, den imperialistischen Gegensätzen unter den großen Militärstaaten entsprang, daß diese Gegensätze letzten Endes bedingt sind durch den Wettbewerb der nationalen Gruppen des Weltkapitals, daß die auswärtige Politik der Großstaaten nur den Ausdruck der das Finanzkapital beherrschenden Tendenzen bildet. Zumal seit dem russisch-japanischen Kriege brach über Europa eine Aera des Aufrüstens herein, die den Kontinent in ein Feldlager verwandelte, wie es die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat. Es ist nicht minder ein Gemeinplatz, daß eine Kriegszeit von der umwälzenden Bedeutung der gegenwärtigen, die über alle politischen und sozialen Unterschiede hinweg das Volk zum Dienst ins Feld ruft, die deutlich offenbart, wie in dem breiten Fundament des Volkes die Kraft des Ganzen ruht, [14:] sich trotz aller politischen Beschränkungen im öffentlichen Bewußtsein spiegelt als eine von der Massenkraft getragene, von demokratischem Empfinden erfüllte Zeit. Doch schließe man daraus nicht auf eine sich ergebende Demokratisierung der politischen Institutionen unseres oder eines anderen Landes als eine *notwendige* Folge. Dagegen wird man eines sagen dürfen: Wie Imperialismus und Demokratie in der Vergangenheit nach Prinzip und Praxis Gegensätze von steigender Unversöhnlichkeit waren, werden sie es auch in der Zukunft sein.

Bei der *Kapitalsarmut* der russischen Bourgeoisie ist die russische Großindustrie überwiegend vom Auslande eingeführt. Gerade die wichtigsten und technisch am weitesten entwickelten Industrien Polens und der Distrikte am Schwarzen Meer befinden sich größtenteils in den Händen ausländischer Kapitalisten. Soweit die russische Industrie Staatsbetrieb ist, gründet sie sich auf die Staatsanleihen. Aus beidem erklärt sich das Bestreben der internationalen Bourgeoisie, während und nach der Revolution den Zarismus zu halten. Er hat den Zusammenbruch im Kriege mit Japan, den Sturm der Revolution hauptsächlich deshalb zu überwinden vermocht, weil er die Stütze und das Werkzeug des übermächtigen ausländischen Kapitals ist. Fiele der Zarismus, machte er wahrhaft konstitutionellen oder gar demokratischen Verfassungsformen Platz, so würde dies die Umwälzung der russischen Volkswirtschaft im kapitalistischen Sinne zwar wesentlich beschleunigen, zugleich aber auch die Stellung des ausländischen Kapitals in Rußland aufs schwerste erschüttern, so wäre damit der politische Sieg der russischen Bourgeoisie über das ausländische Kapital entschieden. Und die politische Uebermacht würde selbstverständlich zu wirtschaftlichen Zwecken rücksichtslos ausgenutzt werden. Diese Entwicklung träfe die deutsche Bourgeoisie besonders schwer: ist sie doch ebenso der *Großkapitalist* der russischen *Industrie*, wie Frankreich der *Bankier* des russischen *Staates*. Zwar haben auch jene Gruppen des deutschen Kapitals, die im eigenen Lande Träger der imperialistischen Expansion sind, [15:] ein Interesse an manchen wirtschaftlichen und gesetzgeberischen Reformen in Rußland, aber sie dürfen nicht die Existenz des Zarismus in Frage stellen. Wo beide Tendenzen miteinander nicht vereinbar sind, gebietet der eigene Vorteil, sich auf die Seite des Zarismus zu stellen unter Preisgabe des Bedürfnisses nach Reformen.

Wie die Erhaltung des Zarismus bedingen die Interessen des deutschen Finanzkapitals die *Abdrängung des russischen Imperialismus vom Balkan*. Die ausgreifenden Ziele der frühesten russischen Balkanpolitik sind gescheitert; der Traum eines griechisch-russischen Kaiserreiches ist endgültig dahin, der Versuch, durch Emanzipation von der Türkenherrschaft auf dem Balkan eine Reihe russischer Vasallenstaaten zu errichten, endgültig mißlungen. Rußlands Export nach jenen Ländern ist vergleichsweise gering. Dagegen besitzt die Konkurrenz Odessas mit den bulgarischen und rumänischen Häfen, Oesterreichs Einwirkung auf die Verkehrspolitik an der unteren Donau, die Frage der Durchfahrt durch die Dardanellen für Rußland die größte Bedeutung. Die gewaltige Territorialmacht Rußland besitzt keinen Hafen, der sie zu jeder Zeit mit großen Meeren verbindet. Der Sund kann jederzeit durch Dänemark gesperrt werden, die Durchfahrt durch die Dardanellen, die Rußland in den französischen Revolutionskriegen vorübergehend erzwang, ging durch den Krimkrieg endgültig für

geraume Zeit verloren und der Hafen von Wladiwostok ist große Teile des Jahres hindurch nicht eisfrei. In den Fragen der Verkehrspolitik kreuzen sich auch die deutschen und die russischen Interessen. Die nach Konstantinopel herabführenden Bahnen im ehemaligen türkischen Mazedonien befinden sich in deutschem Besitz. Die deutsche Bahnpolitik auf dem Balkan ist im Ausbau des kleinasiatischen Bahnnetzes und der Bagdadbahn fortgesetzt, die die asiatische Türkei militärisch stärken und zugleich kapitalistisch erschließen wird. Der deutschen Expansion auf dem Balkan drohen nun durch die Zertrümmerung der europäischen Türkei in den letzten Balkankriegen [16:] schwere und vielleicht unübersteigbare Hemmnisse. Nicht nur führt die Vereinigung mit Montenegro Serbien an die Adria und durchkreuzt die österreichische Adriapolitik: das vergrößerte Serbien schiebt mitten durch das Bahnnetz des Balkans und just an den Toren Oesterreichs, wo dessen Bahnen nach den deutsch-mazedonischen hinüberleiteten, eine *russische Einflußsphäre*. Daß die Etablierung des russischen Einflusses mitten im Balkan auf Deutschlands Stellung in Vorderasien stark zurückwirkt, bedarf keiner näheren Begründung. So unterstützt der deutsche Imperialismus im östlichen Mittelmeer die Forderung der politischen und wirtschaftlichen Kontrolle der Balkanstaaten.

Umgekehrt: Ist der russische Imperialismus, der sich bei seiner relativen ökonomischen Schwäche wesentlich nach militärischen Gesichtspunkten orientiert, im Kampfe mit Deutschland und Oesterreich unterlegen, erfährt die von England und Frankreich im Krimkriege beobachtete Politik, die territoriale Abdrängung Rußlands vom Balkan, in diesem gewaltigsten Völkerringen ihre Fortsetzung und damit ihre weltgeschichtliche Durchführung, so würde sich die Frage erheben, ob auch Deutschland und Oesterreich an der Aufrechterhaltung des Meerengen-Vertrages noch ein wirkliches Interesse besitzen. Schon Bismarck hat die Durchfahrt durch die Dardanellen den Hausschlüssel zu Rußlands Ländern am Schwarzen Meer genannt, der sich dauernd nicht verweigern lasse, und den zu verweigern Deutschland kein Interesse habe. Die freie Durchfahrt durch die Dardanellen könnte Rußland und die Türkei in dem gemeinsamen Gegensatz wider England einander nähern, würde die Wiederkehr einer Politik des Dreiverbandes unmöglich machen. Schon heute darf man die Frage aufwerfen, ob nicht am Ende des Ringens eine neue und engere Verbindung des deutschen Imperialismus mit dem Zarismus stehen wird.

Und das Proletariat, und die Demokratie? Die russischen Sozialisten handelten nur den Interessen der arbeitenden Klassen ihres Landes gemäß, als sie die Bewilligung der Kriegskredite verweigerten. Ob Sieg, ob [17:] Niederlage, für das russische Proletariat, für die russische Demokratie wird in beiden Fällen gleich wenig gewonnen. Ein Sieg der russischen Waffen wäre die Kräftigung des Zarismus von innen, ihre Niederlage ist die Erhaltung des Zarismus von außen.

Frankreich.

Naive Gemüter stehen der Haltung des republikanischen Frankreich wie einem Rätsel gegenüber. Frankreich, so meinen sie, gefährde seine nationale Existenz, nur um den Zarismus und die Moskowiterei zu unterstützen bei ihrem Ueberfall auf die deutsche Kultur. Blöde Revanchards hätten die dunklen Pläne ausgeheckt, eine Gruppe gewissenloser Charlatane führe die französische Nation am Narrenseil, und die breite Volksmasse sei zu borniert, um ihre wahren Interessen zu begreifen, die ihr den Platz an der Seite Deutschlands wiesen. „Es hat wohl wenige gegeben, die vor dem 4. August dieses Jahres ernsthaft mit der Möglichkeit gerechnet haben, daß wir in einem von Rußland angezettelten Kriege nicht nur Frankreich, sondern auch England auf der Seite unserer Feinde sehen würden“, ruft schmerzbewegt am 29. September ein großes sozialdemokratisches Blatt aus und beweist damit, daß ihm nicht nur die politischen Realitäten der Gegenwart, wie die Triple-Entente nicht erst seit gestern eine ist, unbekannte Begriffe geblieben sind, sondern daß es selbst die eigene Haltung während des Juli vollkommen vergessen hat.

Für denkende Politiker war mit den nach dem Attentat von Sarajewo einsetzenden Serben-Pogromen, war mit dem Serben- und Russen-Koller in der imperialistischen Presse Oesterreichs und Deutschlands die Sachlage klar genug. Rußland hatte seine ostasiatische Politik liquidiert und war unter englischer Vermittlung zu einer vorläufigen Verständigung mit *Japan* gelangt. Es hatte mit England [18:] ein Abkommen über Persien geschlossen, das seine zentralasiatischen Wünsche zunächst befriedigte.

So hatte es freie Hand für ein neues Eingreifen auf dem Balkan, dessen Frucht die Verständigung mit Serbien war, und die das *Schwergewicht der russischen Auslandspolitik* um so mehr in den *Brennpunkt der europäischen Interessengegensätze* verlegte, als England nach dem Zusammenbruch der europäischen Türkei seinen Widerstand gegen Rußlands Wünsche in der Dardanellenfrage, den es 1908 noch aufrecht erhalten hatte, preisgab. Ein Angriff Oesterreichs auf Serbien rief daher notwendig Rußland auf den Plan. Und da Frankreich Rußland durch ein enges Schutz- und Trutzbündnis verpflichtet war, dessen politische und militärische Tragweite Rußlands erfolgreiches Eingreifen in die Kampagne gegen das Dreijahrgesetz soeben enthüllt hatte; da es nach einem ernsten Worte *Greys* in den Kreisen der Dreiverbands-Diplomatie für ausgemacht galt, Deutschland werde im Kriegsfall mit Rußland jedem französischen Angriff durch einen Vorstoß über belgisches Gebiet vorzubeugen versuchen, war, wenn Deutschland den Konflikt Oesterreichs mit Rußland unterstützte, die Stellung Frankreichs gleichfalls von vornherein gegeben. Eben dies gilt von England, von dem weite Kreise Deutschlands Neutralität erwarteten. Daß das Inselreich jedenfalls *nicht* gewillt war, Neutralität zu üben, ließen die Worte erkennen, die nach einer Meldung des Wolffbüreaus *Grey* am 29. Juli an den deutschen Botschafter in London, den Fürsten *Lichnowsky* richtete: Sollte Deutschland in den Krieg hineingezogen werden, so treffe dies auch für Frankreich zu. In diesem Falle wünsche er nicht, daß sich der Botschafter durch den freundlichen Ton der Unterhaltung irre führen lasse und die Auffassung mitnehme, „daß England abseits stehen könne“. Der Krieg mit Rußland bedeutete für Deutschland den Krieg zugleich mit den Westmächten.

Während des deutsch-französischen Krieges hatte Rußlands Neutralität Deutschland den Rücken wider Oesterreich gedeckt. Die Annäherung Deutschlands und Oesterreichs [19:] auf dem Wiener Kongreß von 1878, dem bald das Bündnis folgte, die Erweiterung des Zweibundes zum Dreibunde stellte Frankreich wie Rußland vor die Notwendigkeit, ihre auswärtige Politik neu zu orientieren. Was *Marx* vorausgesagt hatte, daß die deutsche Annexionspolitik Frankreich in die Arme Rußlands treiben würde, erfüllte sich bis aufs Wort. Wenn freilich die Revancheidee, das Streben, zwei blühende Provinzen zurückzuerobern, zwei Jahrzehnte der französischen Geschichte beherrschen konnte, so erklärt sich dies weniger aus ihrem konkreten Programm als aus der Sorge, die kontinentale Großmachtstellung Frankreichs, die der Krieg von 1870 aufs schwerste getroffen hatte, zu erhalten und neu zu festigen. Die Revancheidee ist denn auch seit geraumer Zeit in der alten Form tot; das Wort gehört heute zum Inventar der imperialistischen Politik. Frankreich brauchte und braucht eine starke militärische Rückendeckung, wenn es gleich den übrigen europäischen Großstaaten als imperialistische Weltmacht Geltung besitzen will.

Diese Rückendeckung gewährte ihm Rußland. Kein Wunder, wenn der engen politischen Verbindung, die erst die imperialistische Rolle Frankreichs ermöglichte, die enge wirtschaftliche Verbindung auf dem Fuße folgte. Die Niederlage von 1870, der Verlust zweier wirtschaftlich hoch entwickelter Provinzen, der Aderlaß von 5 Milliarden versetzten der französischen Volkswirtschaft einen Schlag, der noch immer nachwirkt. Während in Deutschland die junge Industrie sich riesenhaft entwickelte, der deutsche Kapitalmarkt beständig an Aufnahmefähigkeit wuchs, ging die französische Industrie teils zurück, teils entwickelte sie sich langsam. Der Schwerpunkt der kapitalistischen Entwicklung Frankreichs fiel immer mehr in das Anleihegeschäft namentlich mit fremden Staaten. Nichts natürlicher, als daß Frankreich in steigendem Maße der Gläubiger Rußlands wurde. Die französischen Anleihen Rußlands erreichten zuletzt den Betrag von rund 20 Milliarden Francs. Sie sicherten nicht nur eine gute Verzinsung, sie konnten in Gestalt von Aufträgen auf die französische Industrie be-[20:]fruchtend zurückwirken. Mit größter Sorgfalt wachten daher die französischen Kapitalisten darüber, daß bei russischen Staatsaufträgen die französische Industrie gebührend berücksichtigt wurde. „Das französisch-russische Bündnis“, führte noch im Februar d. J. der „Temps“ aus, „entspreche nicht seiner Bestimmung, wenn die russische Regierung Geld bei den Franzosen leihe, aber die Mehrzahl ihrer Bestellungen den Engländern und den Deutschen abgebe“. Zur selben Zeit trübte der Umstand ernstlich die russisch-französische Freundschaft, daß Rußland bei Rüstungsaufträgen die englische Firma *Vickers* bevorzugte und, wie es damals hieß, die als *Putiloff-Werke* bekannten Geschützfabriken an *Vickers* und *Krupp* ausliefern wollte.

Ueberaus wertvoll war die russische Rückendeckung für die französische *Kolonialpolitik*. Der Schwerpunkt der französischen Kolonialmacht liegt in Afrika, wo Frankreich eine gewaltige Interessensphäre besitzt, die zum weitaus überwiegenden Teil nach Abschluß der Entente mit Rußland zusammengebracht ist. Sie umfaßt den Nordrand des Weltteils von Tripolis' Grenze bis Tanger; sie erstreckt sich über die Sahara und die Fellata-Staaten, über Senegal und Niger zur Guinea-Küste und südlich des Aequators bis herab zum Kongo. Das Bündnis mit Rußland half Frankreich die schwere Faschoda-Krise mit England überstehen, es war ein gewichtiger Faktor in den Konflikten mit Deutschland wegen *Marokko* 1905 und 1911. Je stärker sich Deutschlands Militärmacht entfaltete, je mehr sich die Bevölkerungsziffer zuungunsten Frankreichs verschob, um so mehr wurde Frankreichs überseeische Position, wurde seine Stellung im westlichen Mittelmeer abhängig von dem russischen Bündnis, als dessen Erweiterung ihm die Triple-Entente erscheint. Die *Zentralafrikanischen Pläne* des deutschen Imperialismus sind bekannt. Sie wollen das deutsche Protektorat von Deutsch-Ostafrika nach Kamerun ausgedehnt wissen, was nicht ohne Beschlagnahme des belgischen und des französischen Kongo geschehen könnte. Der deutsche Reichskanzler wollte, wie der „*Vorwärts*“ am 14. August aus dem englischen *Blaubeche* mitzuteilen [21:] wußte, der englischen Regierung gegenüber zwar die Garantie für die Unantastbarkeit des territorialen Besitzstandes Frankreichs, nicht aber seiner Kolonien übernehmen. Und Hoffnungen auf die Verbindung des deutschen Zentralafrikanischen Reiches mit dem davon durch die portugiesische Kolonie Angola getrennten Deutsch-Südwestafrika enthüllt offenherzig der bekannte Imperialist Dr. *Paul Rohrbach*, der in der „*Lese*“ Ende September schrieb, daß es für Deutschland „die Abrechnung nach dem Siege vereinfachen“ würde, „wenn auch Portugal sich noch rechtzeitig zum ‚Kriege‘ entschließen wollte“; derselbe Politiker erklärt: „Wie Belgien selbst, so wird nach dem Kriege auch der belgische Kongo in der Siegesbeute liegen“.

Nicht Heimtücke und Niedertracht französischer Revanchepolitiker, nicht Unfähigkeit der französischen Bourgeoisie, nicht Stupidität der breiten Massen des französischen Volkes schufen das französisch-russische Bündnis, sondern dieses ergibt sich aus den immanenten Notwendigkeiten der kontinentalen wie der Weltpolitik beider Staaten. Würde durch den jetzigen Krieg das französische Kolonialreich ganz oder teilweise zertrümmert, hätte Frankreich eine große Kriegsentschädigung zu zahlen, verlöre es die in Rußland angelegten Milliarden, dann wäre es als imperialistischer Staat, als Weltmacht und damit als europäische Kontinentalmacht zunächst erledigt. Das politische und wirtschaftliche Schwergewicht eines siegreichen Deutschlands würde sich alsdann im vollen Umfange geltend machen. Nicht allein würde der Zug nach den großen Ozeanen, der seit zwei Jahrzehnten die deutsche Wirtschaft beherrscht, der die Bevölkerung Deutschlands zum großen Teil aus dem Osten nach dem Westen und Nordwesten geschoben und starke Bevölkerungselemente zumal in das belgische Territorium gedrängt hat, sich wesentlich verschärfen, Westeuropa, unter den politischen Willen der militärischen Vormacht Deutschlands gestellt, würde zugleich ein Teil des Herrschaftsbereiches des führenden deutschen Kapitals.

Wie immer sich die französische Bourgeoisie zu dieser Entwicklung stellen mag, das Schwergewicht der nationalen [22:] Opposition kann bei ihr nicht mehr liegen. Das rapide Tempo der imperialistischen Expansion, das zumal nach einem Siege Deutschlands einsetzt, schreibt der französischen Arbeiterklasse nicht nur die straffste organisatorische Einheit vor; sie wird die französische Arbeiterklasse zum Träger der wirtschaftlichen Erneuerung ihres Landes, wird sie zum Glutherd des Kampfes wider den europäischen Imperialismus machen. Nur auf dem Boden des Sozialismus kann Frankreich wieder auferstehen und mit seiner Wiedergeburt wird die Stunde der sozialistischen Erneuerung von ganz Europa schlagen.

England.

Ueber dem österreichisch-russischen und dem deutsch-französischen steht, beide beherrschend, der *deutsch-englische Gegensatz*. Er gab der Weltpolitik des letzten Jahrzehnts ihr eigentliches Gepräge. Ohne ihn kein englisch-französisches, kein englisch-russisches Bündnis. Im Lichte dieses Gegensatzes erscheinen Rußland und Frankreich als Hilfstruppen Englands, erscheint der Zwei-Fronten-Krieg Deutschlands als Teil der größeren Auseinandersetzung mit dem größten Imperium der Welt. Liegt

in der Linie des russisch-österreichischen Konflikts die Frage, wem die Vormacht auf dem *Balkan* zufällt, schließt der deutsch-französische und der deutsch-belgische Krieg die Entscheidung über die Vorherrschaft in *Zentralafrika* ein, so erfaßt der deutsch-englische Gegensatz noch gewaltigere Teile der Welt, zieht er in seinen Bereich den Westen und Südwesten des *asiatischen* Kontinents, dem sich *Suezkanal* und *Rotes Meer* und das vom Mittelmeer zum Äquator reichende *Nilgebiet* vorlagern.

Auch der deutsch-englische Gegensatz nimmt seinen Ausgang vom *Balkan*. In Konstantinopel, am Sitz der [23:] türkischen Regierung, rangen der junge, jäh vorwärtsdrängende deutsche und der alte, in seinem Besitzstand sich bedrohtühlende englische Imperialismus um den Erfolg. Schon die Beherrschung der Bahnen des ehemaligen Mazedonien, der Umstand, daß ein dem deutschen Einfluß unterworfenener gerader *Schienenweg von der Nordsee zum Bosphorus* führte, war für Englands Stellung in der Türkei von größter Bedeutung. Die *Bagdad-Bahn*, ohnehin eine Hauptlinie im asiatischen Bahnnetz der Zukunft, sollte die deutschen Bahnen des Balkans und Kleinasiens in die Kulturländer des alten Orients hinableiten, sollte die deutsche Interessensphäre bis an die *Schwelle Indiens* ausbreiten, die *deutschen Meere mit dem Persischen Golf* verbinden. Von der Nordsee zum Indischen Meer sollte eine gewaltige Staatenbarriere gelegt werden, die sich politisch und wirtschaftlich ergänzte, deren strategisches Rückgrat der Schienenweg Bagdad-Berlin war.

Deutschlands geographische Lage macht in Vorderasien und am Nil jede Politik territorialer Eroberung fast zur Unmöglichkeit, Wie zur Zeit der *Konferenz von Algeciras* die Diplomatie des Dreiverbandes ironisch meinte, der einzige Freund Deutschlands sei der Türke, ist Deutschland die einzige europäische Großmacht, die bis zur Stunde kein türkisches Gebiet in Beschlag genommen hat. Es war keine Höflichkeitsfloskel, es war ein wohlwogenes *Programm*, wenn am 8. November 1898 auf dem Festmahl in *Damaskus* der *deutsche Kaiser* dem damaligen Sultan versicherte: Er und die dreihundert Millionen Mohammedaner, die in ihm den Kalifen verehrten, möchten versichert sein, daß alle Zeit der deutsche Kaiser ihr Freund sein werde. Wollte der deutsche Imperialismus die Türkei zu seiner Domäne machen, dann war es eine gegebene Politik, die großen selbständigen Orientstaaten *selbständig* zu erhalten. Was immer man von den Regierungsmethoden Abdul Hamids sagen mag, die an Grausamkeit das System des Zarismus noch übertrafen, die Profitinteressen des deutschen Kapitals, [24:] seine Konkurrenz mit dem englischen machen ihm die *militärische Stärkung der Türkei* und die Umwandlung ihrer feudalen Zerrissenheit in einen zentralisierten modernen Staatsorganismus – ein Programm, das der deutsche Imperialismus in *Persien* bereits nicht innehielt – so lange zur Notwendigkeit, als der gewaltige Gegensatz mit England nicht ausgetragen ist. Die deutsche Bahnpolitik besitzt nicht allein große wirtschaftliche, sie besitzt die höchste militärische und strategische Bedeutung. Nur eine modern zentralisierte und militärisch starke Türkei kann als Nachbar Englands und Rußlands in Ägypten und Asien ein wertvoller Freund sein.

Dagegen war England am *Niedergang der Türkei* interessiert. Spekulierte der deutsche Kapitalismus auf die „Hausse“, so der englische auf die „Baisse“ des türkischen Volkes. Eine starke Türkei bedroht die englische Herrschaft am Persischen Golf. „Die heute fiktive Souveränität der Türkei am Persischen Golf würde erst Bedeutung bekommen, wenn die Eisenbahn es der Türkei erlaubte, Truppen an die Gestade des Persischen Meerbusens zu bringen.“ Welche Bedeutung England seiner Herrschaft am Persischen Golf beilegt, zeigte schon die Erklärung des britischen Ministers des Auswärtigen, Lord *Landsdowne*, am 7. Mai 1903: „England kann keiner anderen Nation erlauben, Schiffahrtsstationen oder Eisenbahnen am Persischen Golf zu haben; jeder Versuch irgend einer Macht, sich dort festzusetzen, wäre Kriegsfall und würde mit Waffengewalt abgewehrt werden.“ In der Tat: die Bedrohung seiner Stellung am Persischen Golf würde Englands Pläne am Indischen Ozean zunichte machen, soll doch der Indische Ozean, zwischen Australien, Hinter- und Vorderindien, Arabien und die Ostküste Afrikas gelagert, vollends zu einem englischen Mittelmeer werden.

Nun hat die deutsche Bagdad-Bahnpolitik Englands Bahnpläne auf der arabischen Halbinsel gefährdet; sie hat die Angliederung Mesopotamiens an das englische Weltreich durch Besiedelung mit ägyptischen Bauern zunächst verhindert, hat das Projekt einer ausschließlich unter eng-[25:]lischem Einfluß stehenden Bahnlinie Kairo-Kalkutta bedroht und die gesamte englische Islam-Politik durchkreuzt. Um so mehr hängt heute Englands Stellung in Persien und Arabien von der Alleinherrschaft

im Persischen Golfe ab. Die Erschütterung dieser Alleinherrschaft müßte nicht nur auf die englische Herrschaft in Indien auf das mächtigste zurückwirken, sie berührt nicht minder nah Englands Stellung in Aegypten; sie bedroht den Seeweg nach Indien und zugleich Englands europäische Stellung im Mittelmeer. Aus guten Gründen hat daher England 1882 im Beginn der imperialistischen Ära Aegypten besetzt und seine dortige Herrschaft ständig verstärkt, indem es dem Khedive und den ägyptischen Behörden alle Machtmittel entzog und die türkische Scheinherrschaft jedes Inhaltes entkleidete. England half das Hamidische Regiment stürzen, es durchkreuzte Deutschlands Marokko-Politik, untergrub die Stellung der Jungtürken, ermöglichte Rußland eine neue Balkanpolitik, führte Italien nach Tripolis, wobei es zugleich an die Sprengung des Dreibundes dachte, schürte den Gegensatz der Balkanstaaten wider die Türkei, um ihre politische und militärische Reorganisation für immer unmöglich zu machen. Die Zurücknahme des Einspruchs gegen die Dardanellensperre geschah in der Absicht, durch eine Verständigung mit Rußland über Vorderasien der deutschen Expansion ein neues und vielleicht das größte Hemmnis in den Weg zu wälzen.

Die wachsende Spannung zwischen England und der Türkei, die Rüstungen der letzteren, das dem außer Landes weilenden Khedive von England erteilte Verbot der Rückkehr, die Verweisung der türkenfreundlichen ägyptischen Offiziere nach dem Sudan, zeigen die aktive Bedeutung der deutschen Islam-Politik für die jetzigen Auseinandersetzungen. Wichtiger noch als die militärische Bedrohung Rußlands am Schwarzen Meer und Englands in Aegypten wäre die Auslösung der panislamistischen Idee, die das englische und französische Kolonialreich, sowie große Teile der asiatischen Gebiete Rußlands in unmittelbare Mitleidenschaft zieht. Rußland zählt unter seinen Bewohnern [26:] 20 Millionen Mohammedaner; Frankreich drohen in Nordafrika Schwierigkeiten, die mit den Verlusten des Krieges wachsen; die englische Herrschaft in Indien ruht auf dem Ausspielen der eingeborenen Mohammedaner wider die Hindu, die englische Stellung in Vorderasien wesentlich auf dem Ausspielen der Araber wider die Türken. Ein Vorstoß der Türkei müßte West- und Zentralasien in Bewegung setzen. Wenn England bei *Japan* Deckung sucht, so nicht allein wegen der Entblößung Indiens von dem Kern seiner indischen Territorialarmee, sondern auch um nötigenfalls die Welt der Mongolen wider die der Mohammedaner ins Feld zu führen.

*

Japan, der erste modern zentralisierte ostasiatische Staat, trat durch den Krieg mit Rußland in die Reihe der imperialistischen Staaten. Die südliche Mandschurei, die Halbinsel Liautung mit dem die Straße nach Peking beherrschenden Port Arthur und – durch Vertrag vom 22. August 1910 – das seit 1905 unter japanischem Protektorat stehende Korea, kamen in Japans Hand, das letztere durch bereitwillige und unbeeinflusste Zustimmung seitens des Kaisers von Korea, wie der japanische Ministerpräsident Graf *Komura* im Abgeordnetenhaus zu Tokio euphemistisch meinte. Das sichere Mittel, sich in der errungenen Vormachtstellung zu festigen, war die Zusammenfassung der mongolischen Völker unter japanischer Führung, war ihre wirtschaftliche Reorganisation und das politische Bündnis mit China. Die chinesische Revolution von 1911, die China in der Hand *Yuanschikais*, des früheren Militärgouverneurs von Petschili, zentralisierte, arbeitet dieser Politik in die Hände, wie sie sich ja auch der tatkräftigen Unterstützung Japans durch Zufuhr großer Mengen von Kriegsmaterial erfreute. Das Erwachen der mongolischen Völker aber – eine gewaltige Entwicklung – vollzieht sich im Gegensatz zum deutschen Imperialismus.

[27:] Von der deutschen Regierung gehen die Schritte aus, die Japans Erfolge im *Frieden von Shimonoseki* 1895 zunichte machten, um durch Inangriffnahme der Aufteilung Chinas *Kiautschou* in die Hand Deutschlands, Port Arthur in russische Hand zu spielen, indes Frankreich von Indochina her seine chinesische Interessensphäre ohne Landerwerb ausdehnte. Man hegte dabei die Absicht, Rußland in Ostasien in Konflikt mit England zu verwickeln, um es dauernd vom Balkan fernzuhalten. Japan durchkreuzte diese Teilungspolitik. Es näherte sich England, das sich der Aktion der drei Mächte ferngehalten hatte, und schloß mit ihm unter Sicherung der englischen Stützpunkte im Gelben Meer 1902 jenes Bündnis, das ihm die Abrechnung zunächst mit Rußland ermöglichte. Der russisch-japanische Krieg hemmte Rußlands Vordringen die Rußland Freihafensphäre die Berührung Chinas, mit durch dem das eisfreien Teile des Großen Ozeans zu erringen hoffte. Eben dies aber schuf die

erste Basis für die Verständigung Rußlands auch mit England. Nach dem russisch-japanischen Krieg wurde das *englisch-japanische Bündnis* dahin erweitert, daß Japan gegen Gewährung freier Hand in Korea nicht nur Englands Stellung in Weihaiwei und Hongkong, sondern auch in *Indien* garantierte. Nachdem dann Rußland seine ostasiatische Politik vollends liquidiert, durch das Abkommen über Persien und den Vertrag von Reval zu einer Entente mit England gekommen war, blieb als letzter Rest der jedes japanische Imperium gefährdenden Politik von 1895 Deutschlands Pachtung in Ki-*autschou*. Gegen Deutschland allein kehrte das englisch-japanische Bündnis noch seine Spitze, nicht nur soweit England, sondern nicht minder soweit Japan in Frage kam.

Das deutsche Kapital wußte die Ohnmacht Chinas zum Erwerb wichtiger Bahn- und Bergwerkskonzessionen zumal in der Provinz Schantung trefflich zu nützen. Ein Weg von Bahnen sollte den gesamten Handel der Provinz unter deutsche Kontrolle bringen, *Tsingtau*, den „besten Hafen Ostasiens von Singapore bis Wladiwostok“, mit den euro-[28:]päisch-ostasiatischen Bahnsystem verbinden. Zwischen Dalni, das 1905 in japanischen Besitz überging, und Tsingtau erhob sich scharfe Konkurrenz. Zugleich plante man die Fortführung der Schantung-Bahnen an den Yangtse, wollte das deutsche Kapital auch auf dem Landwege in die englische Interessensphäre eindringen, in der sich die deutsche Yangtse-Schiffahrt festgenistet hatte. Die deutsche Wirtschaftspolitik in China steht somit im schärfsten Gegensatz zu den Interessen Japans, dessen Politik wesentlich bestimmt wird durch die Notwendigkeit, den Kohlen- und Erzreichtum Chinas der eigenen Industrie dienstbar zu machen, was nur möglich ist, wenn China vom europäischen Finanzkapital möglichst unabhängig bleibt. Damit wuchsen naturgemäß auch die politischen Gegensätze. Die Stellung der deutschen Imperialismus zur chinesischen Revolution war denn auch eine der japanischen Politik in allen Teilen entgegengesetzte. Zur großen Erbitterung Japans unterstützte das deutsche Kapital die Kaiserliche Regierung mit beträchtlichen Waffenlieferungen, um sich zugleich neue und sehr günstige Abmachungen über Bergwerkskonzessionen in Schantung zu sichern. Je mehr Peking durch das japanische Port Arthur militärisch beherrscht wird, um so weniger wird Japan die Beherrschung der chinesischen Hauptstadt durch das deutsche Tsingtau und damit durch den Träger der Politik von 1895 zulassen. Indem England der Situation Rechnung trug und Japans Führerrolle in Ostasien anerkannte, indem es sich auf seine wirtschaftlichen Interessen beschränkte und seine Flotte aus den chinesischen Gewässern zurückzog, verschärfte es den deutsch-japanischen Gegensatz, um ihn zu einer Frage der Stellung Deutschlands im *Stillen Ozean* überhaupt zu machen.

Das englisch-japanische Bündnis, der Vertrag einer weißen mit einer farbigen Macht, widerspricht den Interessen von Australien, Neuseeland und Kanada. Der *Panamakanal*, die erste Seestraße auf den großen Verkehrslinien, die nicht unter Englands Kontrolle steht, vereinigt diese Teile des britischen Weltreiches mit *Nordamerika* gegen Ostasien. Je näher durch Japans Er-[29:]starken die Auseinandersetzung der Union mit dieser ostasiatischen Vormacht um die Beherrschung der Märkte des Stillen Ozeans rückt, um so stärker neigen sich die Europäerkolonien Englands nach der Seite der Union. Das englisch-japanische Bündnis wird also diese Staaten des Stillen Ozeans auf die Dauer nicht unberührt lassen. Augenblicklich freilich verspricht eine Politik des Abwartens im Stillen Ozean und des Zugreifens auf dem amerikanischen Kontinent, die Ausdehnung der wider *Mexiko* beliebten Politik auf *Südamerika* der Union größere Vorteile. Inzwischen bedeutet das Bündnis mit Japan für das englische Imperium offensichtlich einen mächtigen Faktor des Zusammenhalts. Weniger durch Rücksichten, die es Japan gegenüber Australien und Neuseeland auferlegt, als durch die Rückendeckung Englands in Indien. Scheint es doch fast, als ob England die in den chinesischen Gewässern befolgte Politik auf Indien zurückwirken lassen wolle, wie denn Japan in Indien gewiß nicht als bloßer Söldner Rolle der europäischen Unterdrücker und im Widerspruch mit der Rolle wird auftreten wollen, die bisher in Ostasien als Förderer einer bodenständigen kapitalistischen Entwicklung unter selbständigem nationalen Regiment gespielt hat. Liegen hier die Keime späterer und schwerer Konflikte zwischen England und Japan, Konflikte, die Englands indische Herrschaft doppelt gefährden können, so werden sie doch an der Entfaltung gehemmt durch den gemeinsamen Gegensatz wider Deutschland.

Deutschlands Handel auf der pacifischen Seite des amerikanischen Kontinents, seine amerikanische Küstenschiffahrt können wie seine zahlreichen über die ganze Breite des Ozeans verstreuten kleinen

Inselgruppen hier außer Betracht bleiben. Anders verhält es sich mit Australien und den *holländischen Inseln*, der Basis des großen Dreiecks, dessen Schenkel die asiatischen und amerikanischen Küsten bilden. Das mit Australien verkehrende Handelskapital ist bedeutend; aber den Warenimport überragen die in Bergwerken, Lederfabriken und der Textilindustrie, kurz [30:] die in der Fabrikation angelegten Kapitalien beträchtlich. Größer noch ist das in den holländischen Kolonien investierte Kapital. Der Tabakhandel ist größtenteils, Bergbau und Plantagenbau sind fast überwiegend in deutschen Händen. Das englisch-japanische Bündnis aber richtet über Kiautschou hinaus seine Spitze zunächst und unmittelbar wider die holländischen Kolonien. Wenn die Zertrümmerung des spanischen Kolonialreiches, die Vernichtung der Buren-Republiken und Englands zweifelhafte Haltung während der Kämpfe in Atjeh Holland die Verständigung mit einer der größeren Mächte – schon um der gewaltig steigenden Kolonialschuld willen – nahelegte, wenn dabei in bürgerlichen wie in sozialistischen Kreisen Hollands der *Anschluß an Deutschland* empfohlen ward, so liegt die korrekte Haltung der deutschen wie der holländischen Regierung während des jetzigen Krieges offenbar in der gleichen politischen Entwicklungslinie.

Die zurzeit durch das englisch-japanische Bündnis verhinderte Annexion holländischer Kolonien durch Japan würde den aus der Stellung dieser beiden Staaten in Indien sich entwickelnden Gegensatz wesentlich verschärfen, zugleich aber auch die Stellung Deutschlands im Stillen Ozean schwer beeinträchtigen und große Zukunftshoffnungen des deutschen Imperialismus für immer begraben.

Rück- und Ausblicke.

Wie die deutsch-englische Annäherung in der Bagdadbahnfrage schien auch der Friede von Bukarest fürs erste den europäischen Frieden zu sichern. Daß er es nicht vermochte, wiewohl in Frankreich, England und Deutschland die Völker in gleicher Weise den Frieden wollten, offenbart das kriegerische und zugleich das antidemokratische Wesen des Imperialismus mit greller Deutlichkeit. In Wirklichkeit war der Friede von Bukarest der Beginn der letzten [31:] enormen Rüstungen, denen der Zusammenprall auf dem Fuße folgte. Deutschland erhöhte die Friedenspräsenz und beschloß jenen Wehrbeitrag, der im Lichte des Kriegsausbruches fast anmuten kann wie ein erster großer Kriegskredit. Frankreich schuf das Drei-Jahrs-Gesetz, Rußland ging mit verstärktem Eifer an die Reorganisation seiner Friedensformationen und die Ueberführung seiner asiatischen Regimenter nach Europa, während es zugleich auf Frankreich einen Druck ausübte, seine Rüstungen zu verstärken.

Ohne daß das große Publikum sich Rechenschaft davon gab, wurde – ein Sturmzeichen – in der militärischen Literatur die Lage sehr pessimistisch beurteilt. Das große kriegsgeschichtliche Werk des Generalfeldmarschalls *v. d. Goltz* klingt aus in einem Schrei nach dem Kriege. In der bekannten vom Kronprinzen dem deutschen Volke mit Wärme empfohlenen Broschüre des Oberstleutnants *Frobenius* wird darauf hingewiesen, daß die Vorbereitung der Mächte der Triple-Entente sich von einer Kriegsbereitschaft nicht wesentlich mehr unterscheidet. „Und im Frühjahr 1915 wird diese so vollständig erreicht sein, daß man jeden Tag des Einmarsches so gewaltiger Heere gewärtig sein muß, wie sie auf Europas, wie sie auf der Erde Boden noch niemals gesehen worden sind. Und dann wird des deutschen Reiches und seiner Verbündeten Schicksalsstunde schlagen, dann werden wir schwerer als jemals zu kämpfen haben ...“ In die Stimmung deutscher Regierungskreise läßt die im Vorwort erwähnte Schrift von *Rohrbach* hineinblicken. Indem man sich bereit erklärt habe, in der serbischen Angelegenheit an Oesterreichs Seite zu stehen, mußte man sich darüber klar sein, „daß wir, wenn auch noch nicht ohne weiteres den Krieg, so doch die nahe Möglichkeit des Krieges wählten“. „Bekam Oesterreich das Jawort, so hatten wir auch darauf gefaßt zu sein, daß die panslawistische Furie vielleicht die Brandfackel über Europa schleudern würde.“

Der jetzige Krieg ist, genauer gesehen, der Krieg des europäisch-asiatischen Staatenkomplexes. In Europa stehen [32:] Deutschland und Oesterreich wider England, Frankreich und Rußland, in Asien steht Deutschland wider England und Japan, während Rußland durch die Eifersucht beider Mächte dort ausgeschaltet ist. In dem einen Falle handelt es sich um das französische, in dem anderen um das britische Kolonialreich. Wenn Frankreich und England den Grund zu ihrer Weltstellung in Zeiten legten, wo die europäische Mitte kein staatliches Gewicht in die Wagschale zu werfen vermochte,

kann sich das staatliche Erwachen des europäischen Zentrums in seinen Wirkungen nicht auf Europa beschränken; es greift auf das koloniale Gebiet hinüber. Daß dies im jetzigen Stadium der Weltentwicklung nur in imperialistischen Formen geschehen kann, sagt natürlich noch nichts über die Stellung der Sozialdemokratie eines Landes zu der konkreten imperialistischen Kriegspolitik seiner Regierung.

Ob der Kampf in vollem Umfange durch diesen Waffengang ausgetragen wird? Niemand weiß es. Der Uebergang der Kolonialgewalt von *Frankreich* auf *England* begann bald nach Colberts Tode und vollendete sich in den napoleonischen Kriegen. Bewahrheitet sich auch diesmal die Erfahrung, daß historische Wenden begleitet sind von einer Aera gewaltiger Völkerstürme, dann ist der jetzige Krieg nur das Vorspiel eines größeren. Wer wäre vermessen genug, über seine politischen und strategischen Bedingungen etwas vorherzusagen! Aber was zu Napoleons Zeiten als abenteuerliches Unterfangen gelten konnte, der Angriff auf die Schlüsselpunkte der englischen Weltstellung, liegt heute im Bereiche der Möglichkeit. Heißt es doch in Rohrbachs Schrift: „Außerdem ist der Bestand der Türkei in politisch-militärischem Sinne geradezu eine Lebensversicherung für Deutschland, denn nachdem wir Deutschen den Türken die Bagdadbahn gebaut haben, ist es möglich, türkische Truppen – ebenso natürlich deutsche und österreichische – *bis nahe an die ägyptische Grenze* zu bringen. Aegypten ist der Schlußstein im Gewölbe des englischen Weltreiches. Bekommt es einen Stoß, so be-[33:]herrscht England nicht mehr den *Weg nach Indien*, nach Australien, nach Ostafrika, dann kann es die Gebiete rings um den Indischen Ozean nicht mehr festhalten; seine ganze Macht kommt ins Wanken.“

Die Bagdadbahn führt an den Persischen Golf, an jene Gestade, an denen sich die Kämpfe der *Portugiesen* gegen die *Araber* abspielten, wo sich die *Eroberung Indiens* durch eine europäische Macht *zum ersten Male* entschied. Eines ist gewiß: der wunde Punkt für die Strategie Englands ist die islamitische Gefahr, der wunde Punkt für den Zusammenhalt des Dreiverbandes ist das Hineinspielen Japans neben Rußland. Stellt Rußland sich an die Seite Deutschlands und der Türkei, so fällt Englands Herrschaft in Vorderasien. Legt Rußland in Ostasien England und Japan lahm, so kann die deutsche Islam-Politik ihr volles Gewicht wider Indien entfalten. Muß nicht in diesem Ringen der asiatisch-europäischen Welt Deutschland darauf ausgehen, Rußland mit allen Mitteln auf seine Seite zu ziehen?

*

Aber wenn auch alle diese Fragen entschieden werden, wenn in vollem Umfange das größere Deutschland aufgerichtet wird, das unsere Imperialisten verlangen, keimt nicht in dem Erwachen der *asiatischen, der afrikanischen Welt*, in dem *Panamerikanismus* der Union, im *Panislamismus* der Türkei, im *Panasiatismus* Japans die Wurzel neuer, noch gewaltigerer Konflikte? Leuchtet nicht schon am Horizont der *Kampf der Kontinente* wider einander um das *Imperium der Welt*?

Es ist eine Utopie zu glauben, daß der jetzige Krieg der letzte Krieg sei, daß der Friede so beschaffen sein könne, daß er dauernd den Wiederausbruch des Krieges unmöglich macht. Solange der Kapitalismus noch bestehen wird, wird er bei der heutigen Höhe seiner Entwicklung Imperialismus sein. So lange der Imperialismus lebt, [34:] wird er nicht aufhören, die Völker auf die Schlachtbank zu führen. Und stets wird er die *Existenz der Völker* gefährden, die in den kriegesischen Strudel hineingerissen werden, stets wird er *an die Gesamtkräfte der Nationen* appellieren, ihre nationale Kultur zu sichern. Nur die Ueberwindung des Imperialismus überwindet den Krieg, nur der Sozialismus bringt der Welt den Frieden. Je schärfer die imperialistischen Tendenzen des Kapitalismus erkannt werden, je klarer es in Erscheinung tritt, daß der Kapitalismus heute *naturnotwendig* Imperialismus und damit naturnotwendig *ewige Kriegsgefahr* bedeutet, um so notwendiger wird es den arbeitenden Massen erscheinen, diesen Tendenzen des Imperialismus die Tendenzen des Sozialismus entgegenzustellen, gegen die Organisation des Kapitals die Organisation des Proletariats zu entwickeln, dem Willen der nationalen Kapitalistengruppen auf Beherrschung und Unterwerfung fremder Völker den Willen des internationalen Proletariats auf die *demokratische Organisation der Industrie der Welt* entgegenzusetzen.

Bürgerliche und proletarische Demokratie.

Wie ein eiserner Wagen geht der Imperialismus hinweg über alle demokratischen Institutionen, die das Bürgertum in seiner vorimperialistischen Zeit geschaffen hat. Die *bürgerliche Demokratie* ist die Leitung *politisch ungeschulter Massen* durch *politisch geschulte Führer*. Sie stellte die Menschen als Individuen auf sich selbst und erkannte formell einem jeden die gleichen politischen Rechte zu. Die tatsächliche Herrschaft, die auch unter demokratischen Staatsformen die Bourgeoisie der modernen Industriestaaten ausübt, stützt sich auf die Handhabung der staatlichen und kommunalen Verwaltungsmaschinerie, auf das soziale [35:] Uebergewicht, das ihr der Besitz der Produktionsmittel verleiht; der die Abhängigkeit der nicht gegen sie organisierten Arbeitermassen von der Bourgeoisie gewährleistet, sowie auf die Monopolisierung der Bildungsinstitutionen, die ihr das intellektuelle Uebergewicht über die Volksmassen sichern und den Massen die Ideologie aufzuerlegen suchen, die den Interessen der Bourgeoisie entspricht.

Die Vorbedingung für die Herstellung einer demokratischen Staatsform war das Vorhandensein einer kräftigen Schicht von Kleinbesitzern, zu denen sich später eine proletarische Oberschicht gesellte, die durch besondere Vergünstigungen gegen die breiten proletarischen Massen ausgespielt und durch die Möglichkeit eines Aussteigens zu gesicherter Existenz mit den bürgerlichen Interessen verbunden werden konnte, wie in Frankreich, England und Nordamerika. So lange diese Schichten sich der Führung der Bourgeoisie überließen, kam diese unbeschadet der Wahrnehmung der eigenen Interessen mit der demokratischen Staatsform aus. Wo, wie in Deutschland, erst demokratische Ansätze bestanden, die Voraussetzungen für die Etablierung der demokratischen Staatsform aber nicht gegeben waren, konnte die Bourgeoisie als Vorkämpferin der Demokratie posieren, so lange sie der Leitung der Volksmassen sicher war.

Mit der Entwicklung der Industrie zu Kartellen und Syndikaten, mit der Verminderung des Spielraums der freien Konkurrenz, mit der Konsolidierung des Reichtums in wenigen Händen, mit der gleichzeitigen Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins und proletarischer Organisationen, die sich, gegen die Bourgeoisie richteten, schwand das Interesse der Bourgeoisie an der Einführung einer demokratischen Staatsform, wo solche noch nicht bestand, und wurde zum Interesse an der Vernichtung der Demokratie, wo diese tatsächlich etabliert war. Wenn die Beseitigung der demokratischen Institutionen zunächst nicht ohne stärkste Widerstände möglich schien, verwoben sich *Demagogie* und *Korruption* mit den demokratischen Institutionen zur Fälschung des Volkswillens bei den Wahlen, zur Bestechung der Abgeordneten bei den Ab-[36:]stimmungen in den Parlamenten – kurz zur Durchsetzung kapitalistischer Sonderinteressen gegen die Volksmassen.

Je stärker die in den proletarischen Organisationen verankerte *proletarische Demokratie* wurde, je mehr die Aussicht auf die Korruption der demokratischen Führer durch die Kontrolle geschulter, politisch bewußter Massen schwand, je mehr sich die Demokratie von *einer Führer-* zur *Massenbewegung* entwickelte, je schärfer auf der anderen Seite der Widerspruch zwischen den imperialistisch gewordenen Interessen der Bourgeoisie und den an der kapitalistischen Expansion nicht interessierten bäuerlichen und kleinbürgerlichen Mittelschichten wurde, je enger sich diese vielmehr auf Grund mannigfaltiger Berührungspunkte in ihrem gemeinsamen Gegensatz zum Großkapital an die proletarischen Organisation anlehnten und – wie in Amerika – von deren Denken beeinflußt wurden, um so schärfer mußte die Unvereinbarkeit zwischen den demokratischen Institutionen und den Herrschaftsbedingungen der Bourgeoisie hervortreten. Der Imperialismus als Ausdruck der Expansionsinteressen des organisierten Großkapitals kann in seinem Konkurrenzkampf mit dem Imperialismus der gegnerischen Staaten jeden Augenblick die nationale Existenz gefährden. Er muß sowohl in der Verteidigung seiner Position gegenüber dem feindlichen Auslandskapital, wie zur Erweiterung seiner Einflußsphäre jeden Augenblick die Möglichkeit besitzen, die gesamte Nation unter seiner Führung zu mobilisieren, er braucht die Verfügungsgewalt über die Gesamtkräfte der Nation und kann sich nicht einer Kontrolle durch Instanzen aussetzen, die Interessen vertreten, die mit seinen eigenen unvereinbar sind. *Er muß die Demokratie vernichten, oder die Demokratie vernichtet ihn.*

Die Demokratie wird durch diese Situation vor die Frage der Existenz gestellt, genau wie der Imperialismus. Es gibt da kein Ueberbrücken der Gegensätze. Entweder geht die Demokratie rücksichtslos über die Bedürfnisse des Imperialismus hinweg oder sie wird von ihm zermalmt. [37:] Die jüngste Geschichte Frankreichs und Englands bietet eine reichhaltige Auswahl von Beispielen für die Richtigkeit dieser Anschauung. Als in der *Alsterfrage* der englische Militarismus gegen die Beschlüsse der parlamentarischen Regierung revoltierte, sah sich diese vor die Wahl gestellt, entweder sich unter die Diktatur des Militärs zu beugen oder aber die Volksmassen gegen den Militarismus auszurufen. Sie zog einen schimpflichen Rückzug vor dem Militarismus vor, und das Land schwieg. Die bürgerliche Demokratie Englands erkannte sehr richtig, daß ein Aufgebot des Volkes gegen den Militarismus ein Aufgebot gegen den Imperialismus wäre, daß eine Niederlage des Militarismus den englischen Imperialismus aufs schwerste gefährden würde. – Und als in Frankreich die letzten Maiwahlen gegen die *dreijährige Dienstzeit* entschieden hatten, als die Kammer am 12. Juni das *Rüstungsministerium Ribot* davongejagt hatte, war Frankreich trotzdem nicht in der Lage, das Dreijahrgesetz abzuschaffen, weil das verbündete Rußland auf seiner Beibehaltung bestand und weil die imperialistischen Interessen Frankreichs und Rußlands bei der weltpolitischen Gesamtsituation unlösbar miteinander verknüpft waren. Die beständigen Konflikte aber, die in England wie in Frankreich zwischen dem *imperialistischen Wesen* und den *demokratischen Formen* des Staates ausgetragen wurden, und die, so lange die *bürgerliche* Demokratie herrscht, doch immer mit dem Siege des Imperialismus enden mußten, weil selbst die kleinbürgerlichen, antiimperialistischen Schichten den Imperialismus nicht preisgeben können, ohne, wie heute die Dinge liegen, die bürgerliche Gesellschaftsordnung der *proletarischen* Demokratie auszuliefern, schwächen die Situation der demokratisch regierten Länder gegenüber einem Lande, das wie Deutschland nicht durch solche Konflikte in seiner imperialistischen Expansion gestört wird.

In Deutschland ist, spätestens mit den Blockwahlen von 1907, das *gesamte Bürgertum* ins imperialistische Fahrwasser abgeschwenkt, und damit hatte in Deutschland [38:] die bürgerliche Demokratie endgültig an die Bajonette abgedankt. Seit dieser Zeit hat in Deutschland jede bürgerliche Opposition gegen den Militarismus und damit gegen den Imperialismus aufgehört. Wie das Bürgertum *einstimmig* die gewaltigste Rüstungsvorlage, die ihm je vorgelegt wurde, *einspruchslos* bewilligte, so war es in der *Zabernaffäre* sofort bereit, trotz seiner augenblicklichen Entrüstung über das Verhalten der Offiziere, auf jede Genugtuung zu verzichten, als es aus den Forderungen der proletarischen Demokratie erkannte, daß die absolutistische Verfügung über die Armee, die den Bedürfnissen des Imperialismus entspricht gefährdet war.

In dieser rückhaltlosen Unterwerfung unter den deutschen Militarismus liegt nicht zum wenigsten die Kraft des deutschen Imperialismus. Unbehelligt durch demokratische Institutionen konnte er vermittelst der Militärgewalt die proletarische Opposition niederhalten, konnte er mit der Proklamation des Burgfriedens sich vor allen etwaigen Protesten gegen seine Politik schützen, während in England noch *nach* dem Ausbruch des Krieges Demonstrationsversammlungen gegen den Krieg stattfanden, während ein Teil der englischen Presse ungehindert die englische Regierungspolitik angriff, während in Frankreich durch die demokratischen Organisationen eine *Heeresorganisation* gegeben war, die sich an eiserner Disziplin, und damit an Stoßkraft im Angriff ebensowenig wie an Sicherheit der Führung, deren Stetigkeit durch den beständigen Wechsel der politischen Gewalthaber beeinträchtigt war, mit dem deutschen Militarismus vergleichen kann.

Siegt Deutschland über Frankreich und England, so siegt es nicht nur über den französischen und englischen Imperialismus, sondern auch über die bürgerliche Demokratie, die damit für immer als unvereinbar mit dem Imperialismus zusammenbricht. Der deutsche Imperialismus wird daraus die für ihn natürliche Lehre ziehen, daß er die Kräfte, die ihm den Sieg verbürgten, vervielfältigen muß, um den späteren Kämpfen gewappnet gegenüberzu-[39]stehen. Wie in Frankreich und England, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung und damit die imperialistische Expansion beibehalten werden soll, die *militärische Gewalt* an die Stelle der bürgerlichen Demokratie treten wird, so werden in Deutschland die militaristisch-absolutistischen Faktoren wachsen bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit.

Für die proletarische Demokratie ergeben sich die Richtlinien ihrer Politik aus dieser Situation von selbst. Als naturnotwendige Gegnerin des Kapitalismus ist sie die natürliche Gegnerin des Imperialismus und des durch ihn gegebenen Militarismus. Wie der Imperialismus im Gegensatz zur freien Konkurrenz das *Prinzip der Organisation der Produktion* vertritt, so vertritt dieses Prinzip auch die proletarische Demokratie – aber in seiner *dialektischen Umkehrung*. Ist der Imperialismus die Organisation *beherrschter Massen unter absolutistisch-kapitalistischer Spitze*, so ist der Sozialismus die Organisation *freier Massen auf breiter demokratischer Grundlage*. Sind im Imperialismus die Massen das *Objekt der Exekutivgewalt der Großbourgeoisie*, so sind sie im Sozialismus die *Exekutivgewalt selbst*. Wie für den Sozialismus die demokratische Organisation die Grundlage ist in der Industrie, so ist sie es auch in der *Wehrverfassung* und in der *Auslandspolitik*. Wenn der Imperialismus die Autokratie der deutschen Bourgeoisie in dem gesamten Länderkomplex etabliert, den er in seine Sphäre zieht, um ihn wirtschaftlich und politisch zu *beherrschen*, so fundiert der Sozialismus die wirtschaftliche und politische *Verbindung* dieser Länder auf die *Fortbildung der demokratischen Tendenzen*. Seine aktive Auslandspolitik ist damit gegeben: Schärfste Kontrolle des Expansionsganges des deutschen Kapitals und Erweckung der demokratischen Gegentendenzen gegen imperialistische Unterdrückung fremder Völker; Kampf für die Entwicklung aller kulturellen Keime, für die freie Organisation der [40:] Eingeborenen in den Kolonien und den „Interessensphären“, und vor allem Kampf im eigenen Lande für den Sozialismus, mit dessen Siege der Imperialismus für immer erledigt ist.

Wie der Sozialismus der dialektische Gegensatz des Imperialismus, so stehen alle Tendenzen, die in seiner Richtung laufen, im schärfsten Widerspruch zu den Tendenzen des Imperialismus, so ist der Kampf *für* die sozialistischen zugleich ein Kampf *gegen* die imperialistischen Tendenzen.

Es gibt da keine Uebergänge und Zwischenglieder; es gibt keine Demokratie mehr, die nicht proletarische Demokratie ist, und es gibt keinen Imperialismus mehr, der nicht antidemokratisch ist. Wenn imperialistische Kreise des Bürgertums versuchen sollten, was immerhin möglich wäre, auf *nationalistischer* Basis eine neue Demokratie im Leben zu rufen, die eintritt für die Interessen breiter Massen gegen die *Großfinanz*, die den Kapitalismus der Kartelle verwandeln will in *Staatskapitalismus*, so werden die Arbeiter wissen, daß diese Demokratie *nur dem Scheine nach* demokratisch ist, daß sie demokratisch ist nur „bis zu einem gewissen Grade“, daß sie den Massen einen gewissen demokratischen Spielraum lassen will, um sie dafür *um so sicherer* vor den Wagen des Imperialismus zu spannen, der dadurch, daß aus privaten Kartellunternehmungen mit Staatshilfe rein staatliche Unternehmungen gemacht würden, *nicht das geringste* von seinem Charakter einbüßt, sondern im Gegenteil Erst die Vollendung der Militarisierung und Bürokratisierung des Volkes ermöglicht. Seine Stoßkraft nach innen und außen muß sogar um so viel stärker werden, je mehr die Form des Privateigentums an den Produktionsmitteln selbst verschwindet zugunsten staatlicher Kollektivbewirtschaftung und damit staatlicher Rentenbezüge, die der Staatsgewalt die rücksichtslose Vertretung kapitalistischer *Rentnerinteressen* als vornehmster Aufgabe zuweist.

Mehr noch als heute wird man in der Zukunft an der Stellung des Imperialismus und Militarismus erkennen, [41:] was *proletarische Demokratie*, was *Sozialismus* ist. Mehr noch als heute wird in der Zukunft die Sozialdemokratie als die politische Organisation der proletarischen Massen das gesamte Bürgertum geschlossen gegen sich haben.

Die alte und die neue Internationale.

Mit dem deutsch-französischen Kriege von 1870/71 fand die große historische Periode der *Bildung moderner Nationalstaaten* für Mitteleuropa ihren Abschluß. Das Proletariat, das vordem nur in seinen fortgeschrittensten Gruppen in einem internationalen Kampfverband gegen die herrschenden Klassen aller Länder zusammengefaßt war, sah sich damit vor die Aufgabe gestellt, *im Rahmen der eigenen Nation* für seine Rechte zu kämpfen, zu versuchen, im Kampf mit der Unternehmerklasse des eigenen Landes und seiner Staatsgewalt möglichst große Vorteile zu erringen. Die große bürgerlich-revolutionäre Periode war zu Ende. Die Bourgeoisie hatte im Rahmen ihres eigenen Staates einen Boden gefunden, in dem ihr Kapitalismus sich auswirken, alle industriellen Kräfte zur Entfaltung bringen konnte. Ein Zeitalter der Stabilität aller politischen Verhältnisse schien anzubrechen. Die historische

Notwendigkeit zwang das Proletariat, sich auf den gegebenen Boden zu stellen. Dem sich ausbreitenden nationalen Kapitalismus mußte eine erstarkende Arbeiterbewegung im nationalen Rahmen gegenübergestellt werden. Die Voraussetzung für die Bildung großer sozialdemokratischer Parteien, starker gewerkschaftlicher Verbände war gegeben,

War damit das Wirken der proletarischen Kräfte zunächst auf den Rahmen der Nation verwiesen, so vergaßen die Proletarier deshalb doch nicht die Erkenntnis ihrer Solidarität gegenüber der Gesamtheit der herrschenden [42:] Klassen in allen Ländern; und mit der Fundierung der einzelnen sozialdemokratischen Parteien die Voraussetzung zu einem neuen internationalen Zusammenschluß gegeben war, er folgte die *Reorganisation der Internationale* im Jahre 1889 in Paris. Die neue internationale Verbindung entstand jedoch naturgemäß auf völlig veränderter Grundlage. Waren in der ersten Internationale nur einzelne proletarische Gruppen der verschiedensten Länder in einer straffen Zentralisation zusammengefaßt, so hatte sich nun inzwischen die Zentralisation der Proletarier in den einzelnen Ländern vollzogen. Nicht mehr kleine Gruppen, sondern große Parteien repräsentierten den klassenbewußten Kern des Proletariats. Diese Parteien hatten je nach der sozialen und politischen Struktur ihres Staatswesens verschiedene Aufgaben zu erfüllen, ihre Taktik war von verschiedenen Voraussetzungen abhängig. Einheitliche Gesichtspunkte ließen sich nur in ganz allgemeinen Linien geben. Die neue Internationale war der Ausdruck der theoretischen Erkenntnis des Proletariats von der Gemeinsamkeit seiner Interessen gegenüber der Gesamtbourgeoisie; sie war eine Zentralstelle für den Austausch der Erfahrungen der Parteien in den einzelnen Ländern, ein Organ, das darüber wachte, daß keine Partei in ihrer Taktik von den Voraussetzungen abwich, die durch das wissenschaftliche System der sozialistischen Theorie gegeben waren, und die die Grundlage für die Erkenntnis dessen schufen, was in den einzelnen Ländern für die proletarischen Parteien notwendig war. Eine feste *Organisation* zum Zweck einer einheitlichen gemeinsamen *Aktion* der Proletarier aller Länder war sie nicht und konnte sie nicht sein, so lange der nationale Kapitalismus sich wesentlich auf die industrielle Eroberung der heimischen Produktion beschränkte.

Waren die Proletarier in den verschiedenen Ländern zunächst darauf angewiesen, den kapitalistischen Nationalstaat als eine gegebene Tatsache hinzunehmen, so ergab sich für sie die Notwendigkeit, sich in diesem Staat so vorteilhaft wie möglich einzurichten. Die Fragen der [43:] *inneren Politik* traten in den Vordergrund ihres Interesses: Erweiterung ihrer politischen Macht durch die Erämpfung eines ihren Interessen entsprechenden Wahlrechts zu allen Vertretungskörpern, Erwerbung und Sicherung des Koalitionsrechtes, Erringung sozialer Fürsorgegesetze bildeten nun im wesentlichen den Inhalt ihres Kampfes. Auch durch ihre Partei ging der dialektische Prozeß, der alle menschlichen Institutionen erfüllt. Waren beim Auftreten der Arbeiterbewegung das revolutionäre Ziel der Eroberung der Staatsgewalt, die Einführung der sozialistischen Wirtschaftsweise leitende Gesichtspunkte, legte sie wenig Wert auf die Erringung von Reformen, die sie bei ihrer damaligen Schwäche doch aus eigener Kraft nicht erreichen konnte, setzte sie alle Hoffnungen auf den baldigen Sieg der sozialen Revolution, so traten mit dem Wachstum der Organisationen, mit dem Erstarken der Parteien, mit der Erkenntnis, daß der gegebene Staat vorläufig nicht zu beseitigen sei, andere Gesichtspunkte in den Vordergrund. Eine proletarische Partei, die stark genug ist, Reformen, die die gegenwärtige Lage der Proletarier bessern, erkämpfen zu *können*, *muß* sie erkämpfen. Eine Partei, die einen verstärkten Einfluß auf die Politik des Staates erringen *kann*, *muß* ihn erringen. In demselben Maße, wie die proletarischen Organisationen an Kraft wuchsen, wuchs auch ihr Einfluß auf das gesamte Leben der Nation. In demselben Maße, in dem sie an Zahl wuchsen, umfaßten sie im Rahmen des gegebenen Staates einen immer größeren Teil der Nation. In dem Maße, als das Erstarken des nationalen Kapitalismus Interessengegensätze aufklaffen ließ innerhalb der bürgerlichen Schichten selbst, in dem Maße, als sich der wirtschaftlich schwächere und schwächste Teil der bürgerlichen Klassen in seinem Gegensatz zum Großkapital auf die Anlehnung an die erstarkenden proletarischen Organisationen angewiesen sah, wurde ein Zusammengehen der Sozialdemokratie in manchen Fragen mit kleinbürgerlichen Gruppen *möglich* und damit *notwendig*. Diese Situation drückte sich nicht nur aus in der *Taktik*, die die sozial-[44:]demokratischen Parteien mehr oder minder – je nach der Gesamtstruktur ihres Staates – befolgten, sie zeigte sich auch in dem Aufkommen *neuer Ideologien*, neuer Richtungen

innerhalb der sozialistischen Parteien. In England sah die „*Fabian Society*“, Frankreich den *Ministerialismus*, Nordamerika einen Mangel an theoretischer und politischer Einheitlichkeit innerhalb seiner sozialistischen Parteien, Deutschland erhielt mit dem

Die Tatsache, daß die Sozialdemokratie beständig an Einfluß gewann, daß sie manche Reformen zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen durchsetzen konnte, daß sie bei den Wahlen an Stimmzahl gewaltig wuchs, ließen den Glauben aufkommen, daß die Sozialdemokratie in den „Zukunftsstaat“ hineinwachse, daß *allein durch die Anwendung parlamentarischer Mittel* der endliche friedliche Sieg der Sozialdemokratie verbürgt sei. Vorbedingung dieser Anschauung war der Glaube, daß die Parlamente selber an Macht gewinnen würden gegenüber den außerparlamentarischen Gewalten, die heute die Klassenherrschaft aufrecht erhalten, daß ferner der Nationalstaat das letzte Wort des Kapitalismus überhaupt sei, daß deshalb dieser Staat den Rahmen für die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems abgeben müsse. Die Sozialdemokratie wuchs hinein in den Staat, o ja, aber nicht in den Zukunftsstaat, sondern in den Klassenstaat der Gegenwart. Sie wurde ein Teil von ihm, sie kräftigte in ihm ihre Position, aber sie kräftigte auch ihn selbst damit, machte ihn erst fähig, über seinen eigenen Rahmen hinauszuwachsen, sich die Ziele zu stecken, um die jetzt der Weltkrieg tobt. Die Sozialdemokratie hörte auf, eine Organisation „vaterlandsloser Gesellen“ zu sein, sie wurde eine Vereinigung schätzenswerter Staatsbürger, deren „positive Mitarbeit“ dem Staate nur dienlich war und ihm besonders jetzt dienlich ist, wo dagegen die Sozialdemokratie seine Ziele schwerlich erreichen würde.

[45:] Die Erwartungen auf die friedliche allmähliche Eroberung der politischen Macht, auf das Hineinwachsen der Sozialdemokratie in den „Zukunftsstaat“ verloren ihren Boden, als der Kapitalismus sich zu seinen neuesten Formen entwickelte, als damit der Charakter und die Aufgaben des Staates sich wandelten, als der Imperialismus die Grundlage abgab, auf der sämtliche bürgerliche Parteien geschlossen gegen die Sozialdemokratie Front machten. Sofort stockte jede Möglichkeit, wertvolle politische und soziale Reformen auf parlamentarischem Wege zu erringen. Die *Reform des Dreiklassenwahlrechts* in Preußen wurde auf die griechischen Kalenden vertagt, ebenso die *Fortführung der Sozialreform*. An Stelle der Aussichten auf die *Erweiterung des Koalitionsrechtes* trat ein *Sturm* der bürgerlichen Gesellschaft gegen das Koalitionsrecht, an Stelle der *Erweiterung* der Rechte und Machtmittel der Parlamente trat eine stetige *Preisgabe* des parlamentarischen Einflusses an die außerparlamentarischen Faktoren durch die bürgerlichen Parteien selbst. Der Imperialismus, der Drang nach kapitalistischer Expansion, riß das Bürgertum in seinen Bann, ordnete die Fragen der inneren Politik den Bedürfnissen der äußeren Politik unter, verschärfte im Innern den Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, was im *Aufkommen der proletarischen Massenaktionen* auf der einen, der Massenaussperrungen und der politischen Reaktion auf der anderen Seite zum Ausdruck kam.

Die imperialistische Ära hat die Grundlagen verschoben, auf denen sich der proletarische Kampf bis dahin abgespielt hatte. Nicht mehr die Ausgestaltung der nationalen Institutionen, sondern die Angliederung fremder Völker und Wirtschaftsgebiete, nicht mehr die Fragen, die im Rahmen der Nation das Verhältnis der Klassen zu einander regeln, waren für den Staat ausschlaggebend, sondern die Fragen des Verhältnisses *der einen Nation zu den übrigen Nationen*.

[46:] Damit sah sich auch das *Proletariat* vor die Aufgabe gestellt, seine Politik neu zu orientieren. In allen sozialdemokratischen Parteien erstanden Richtungen, die nach einer *neuen Taktik* riefen. Die Verminderung der Rechte, der Machtmittel, der Bedeutung der Parlamente mußte sich ausdrücken in einer *Vermehrung der außerparlamentarischen proletarischen Kampfmittel*. Wenn der Imperialismus das Schwergewicht der Politik verlegte auf die Frage des Verhältnisses der Nationen zu einander, so hatte der Sozialismus das Schwergewicht zu legen auf die Frage des Verhältnisses der Proletarier der verschiedenen Länder zu einander.

War mit dem Verschmelzen verschiedener Volkswirtschaften in einander aus dem isolierten Staat der *Staatenkomplex* geworden, standen sich nicht mehr einzelne Staaten, sondern *Staatenbünde* in der Weltpolitik gegenüber, so hatte der Sozialismus seine Organisation entsprechend zu ändern, der Verschmelzung der nationalen Kapitalistengruppen verschiedener Länder hatte der Ausbau und die

Vereinigung der proletarischen Organisationen der verschiedenen Länder zu folgen. Die *feste internationale Organisation* des Proletariats war eine *Notwendigkeit* geworden, die *internationale Aktion* die gegebene Form im Kampf gegen den Imperialismus.

Noch ehe die sozialdemokratischen Partei der verschiedenen Länder sich über die neue Situation völlig klar geworden waren, noch ehe sie ihre Taktik der neuen Situation hatten anpassen können, brach der Weltkrieg über sie herein – kurz vor dem Zusammentritt des internationalen Kongresses.

Da der Krieg ausbrach in einer Zeit, in der sich noch die sozialdemokratischen Parteien aller Länder nach den alten Gesichtspunkten orientierten, in einer Zeit, in der die Organisation der Internationale den neuen Bedürfnissen schon nicht mehr genügte, kam, was kommen mußte. [47:] Die Internationale brach zusammen, die Proletarier aller Länder stehen in Waffen wider einander, die sozialdemokratischen Parteien der einzelnen Länder suchen mehr oder minder die Verantwortung für den Zusammenbruch den Bruderparteien zuzuwälzen. Einzelne unverantwortliche Poseure, die sich in den neuen modischen Mantel eines chauvinistischen Nationalismus gehüllt haben, der ihnen nach ihrer Vergangenheit merkwürdig genug zu Gesicht steht, vergrößern noch den Riß, der augenblicklich zwischen den Proletariern aller Länder klafft. Wie unsinnig ist dieses Gebaren! Wann endlich werden die Proletarier und vor allem einige ihrer angeblichen „Führer“ es lernen, historische Ursachen und historische Wirkungen zu erkennen? Wann endlich werden sie begreifen, daß es nicht die Aufgabe ernsthafter Politiker sein kann, an der Weltgeschichte herumzunörgeln, sondern aus ihr zu lernen?

Die Internationale ist nicht tot, so wenig das Proletariat tot ist. Der Sozialismus ist lebendig, wie der Imperialismus lebendig ist. Und je mehr nach dem Kriege, ganz gleich wie er ausläuft, der Imperialismus und seine Tendenzen sich verschärfen werden im Kampfe gegen seinen Antipoden, den Sozialismus, um so mehr werden sich die sozialistischen Gegentendenzen verschärfen. Die Richtungslinien der kommenden Entwicklung sind hier angedeutet, sie näher auszuführen wird Aufgabe einer späteren Zeit sein, die mit dem Frieden, der nur ein *bewaffneter Frieden*, nur eine Ruhepause sein kann, so lange der Imperialismus lebt, wieder Verhältnisse bringen wird, in denen eine Reorganisation dessen möglich ist, was mit dem Kriege in Trümmer ging.

Und wie die sozialistischen Parteien auferstehen werden aus diesem augenblicklichen Zusammenbruch, so wird sich auch die Internationale aus der Asche erheben. Die Greuel des jetzigen Krieges werden ihr die Wege weisen, die sie zu gehen hat, die gemeinsamen Leiden, die der Krieg den Proletariern bringt, werden das *Proletariat der Welt* zusammenschweißen zu einer weltumfassenden *Kampfesgemeinschaft*.

[48:] Die Internationale lebt, sie schlummert nur. Mit neuen Kräften, in verjüngter Schönheit wird sie auferstehen, in der einen Hand den stählernen Hammer, mit dem sie *die sozialistische Organisation der Welt* zusammenschmiedet, in der anderen Hand die Palme des Friedens, die sie der Menschheit an der Wiege der neuen Gesellschaft überreicht.